



Russlands Ultimaten zu seiner europäischen Sicherheitsstruktur Sind NATO, EU und Ukraine einzuschüchtern?

Dr. Klaus Olshausen

Januar 2022

Zusammenfassung

Russland ist massiv zurück in geopolitischer Machtpolitik. Putin nutzt den Krieg in der Ukraine – mit dem er ja „nichts zu tun“ hat – zur Einschüchterung ausreichend vieler Westeuropäischer Staaten, um seinem Ziel einer Reconquista aller sowjetisch-russischer Territorien näher zu kommen. Seine Vertragsentwürfe mit ultimativen Forderungen reichen weit über die Krise und den Krieg mit der Ukraine hinaus.

USA, NATO- und EU-Europäer haben bisher darauf zweifach reagiert. Erstens werden schwerwiegende Konsequenzen, Preisschilder angekündigt für den Fall, dass Russland erneut militärisch in der Ukraine interveniert und zweitens werden die wesentlichen ultimativen Forderungen zurückgewiesen. Beides ist reaktiv und so bleibt Putin in der Initiative.

Die Selbstverteidigungsfähigkeit der Ukraine im Geist des Artikel 51 der VN Charta ist aber jetzt politisch, diplomatisch und durch praktische militärische Unterstützung zu erhöhen. Es geht hier nicht um Waffen in Krisengebiete, sondern um die individuelle und kollektive Selbstverteidigung gegen die Angriffsdrohung Russlands.

Über die europäische Sicherheitsstruktur auf der Basis der Charta von Paris sollte dann mit Russland v.a. im Rahmen der OSZE und mit Nutzung des NATO-Russland-Rates eine ausführliche, an Freiheit und Stabilität ausgerichtete Diskussion geführt werden.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Seit Wochen hat Russland die Krise im Osten rund um die Ukraine und – indirekt – die exponierten NATO-Staaten zunächst durch seinen umfangreichen Truppenaufmarsch entlang der ukrainischen Grenze – (und zum Teil in Belarus?) und dann kurz vor dem Jahresende mit zwei Vertragsentwürfen mit quasi ultimativen Forderungen v.a. an die NATO und ihre Mitgliedstaaten weiter verschärft.

Die USA und die Staaten der NATO und der EU haben in dieser Lage ihr Bekenntnis zur ukrainischen Souveränität und territorialen Integrität erneut bekräftigt und vor massiven Konsequenzen für Russland als Antwort auf ein neues militärisches Vorgehen gegen die Ukraine gewarnt. Andererseits haben sie aber – mit Blick auf ihre innenpolitischen Gegebenheiten – von vornherein eigene militärische Maßnahmen ausgeschlossen, um einer Aggression Russlands entgegenzutreten.

Für die zweite Januarwoche sind einige Foren zu Gesprächen mit Putins Russland vorgesehen. Es beginnt in Genf mit Treffen amerikanischer und russischer Vertreter, dann der Nato-Russland Rat, gefolgt von einer Zusammenkunft der OSZE Staaten.

Für diese Treffen sieht Putin seine geopolitischen Karten optimistisch und wird seinen (sowjet-)russischen Revisionismus mit selbstbewussten, ja ultimativen Forderungen proaktiv verfolgen. Putins politische und militärische Maßnahmen folgen demselben Verfahren wie im Frühjahr 2021, als er schon einmal den massiven militärischen Aufmarsch entlang der Grenze zur Ukraine als Drohkulisse nutzte. Mit einem Strategie Dokument vom Sommer 2021 und seinem Namensartikel zur Zukunft der Ukraine als Teil Russlands hatte er bereits unverblümt seinen politischen Zweck vorgestellt: eine Reconquista früherer sowjetisch-russischer Territorien.

Die Forderungen als solche sind nicht neu. Drei Forderungen stechen besonders hervor:

- Die Nordatlantische Allianz verpflichtet sich schriftlich, dass die Ukraine (und andere Nachfolge-Staaten der ehemaligen Sowjetunion) nicht in die NATO aufgenommen werden. Es muss Schluss sein mit jedweder „Erweiterung der NATO“. Zielt das auch auf Finnland und Schweden?
- NATO-Staaten werden keine militärischen Einrichtungen, militärischen Aktivitäten und bilaterale militärische Zusammenarbeit in den unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion vornehmen, d.h. die bilaterale und NATO-Partnerschaft mit der Ukraine aufgeben.
 - NATO-Staaten werden auf ihrem Gebiet keine militärischen Stationierungen, Übungen, etc. durchführen, die von Russland als Bedrohung seiner nationalen Sicherheit aufgefasst werden, das schließt ballistische Raketen und Atomwaffen ein.

Dass weder die NATO-Staaten noch die EU-Staaten solche Forderungen akzeptieren können ist offensichtlich. Deshalb hat Russland mit der Drohung von bedrohlichen Gegenmaßnahmen gleich die Rechtfertigung für alle hybriden, aber auch militärischen Aktionen, insbesondere gegen die Ukraine geschaffen.

Wie können Amerika sowie alle Nato- und EU-Staaten auf die Drohkulisse und die drastischen Forderungen zur Schwächung ihrer eigenen Verteidigung reagieren?

Jede politische und diplomatische Wirksamkeit des eigenen Vorgehens verlangt, dass die Staaten und die Organisationen in einem gemeinsamen, zumindest eng abgestimmten Vorgehen ihre vorher vereinbarten Zwecke und Ziele in den Gesprächen und im Handeln gegenüber Russland zum Tragen bringen. Dabei hilft es



wenig, wenn jetzt ein Wettlauf stattfindet, wer denn noch bilateral vor dem Treffen am 10. Januar in Genf und des NRC am 12. Januar dazu in Moskau auftritt, z.B. auch der Abteilungsleiter für Außenpolitik im Bundeskanzleramt.

Im weiteren Vorgehen kommt es darauf an, zunächst die Gefahr für die Ukraine zu mindern.

Seit fast sieben Jahren ist es nicht gelungen, das Bekenntnis zur territorialen Integrität und Souveränität weder mit Blick auf die Krim noch den von Russland gespeisten Krieg im Donbas mit praktischen Schritten voranzubringen. Deutschland und Frankreich haben im „Normandie-Format“ russische Destabilisierung nicht zurückdrängen können. Denn das sog. Minsk Dokument vom Februar 2015, das Putin nie unterzeichnet hat, bietet ihm jederzeit Argumente für weitere Destabilisierung der Ukraine.

Die jetzigen verbalen Ankündigungen von „schwerwiegenden Konsequenzen“ oder „Preisschildern“ im Fall weiterer russischer Angriffe auf die Ukraine haben jedenfalls noch zu keiner russischen Änderung vor Ort geführt – im Gegenteil. Das wohl auch deshalb, weil Putin erkennt, dass die westlichen Staaten sich über die Konsequenzen und Preisschilder noch keineswegs einig sind. Das Behandeln des SWIFT Abkommens oder von Gas durch Nordstream 2 sind nur zwei Beispiele, die das verdeutlichen.

Und der fast apodiktische Ausschluss eigener militärischer Maßnahmen gegen einen russischen Angriff auf die Ukraine verbessert Putins Möglichkeiten, ein erneutes „fait accompli“ zu schaffen, das letztlich bis zu seinem schon 2014 propagierten Novo Russia reichen könnte.

Wenn NATO und EU nicht nur danach reagieren wollen - mit geringer Aussicht das russische Ergebnis zu verändern, dann ist jetzt die Zeit, mit Blick auf den Artikel 51 der UN-Charta die Selbstverteidigungskräfte der Ukraine politisch, diplomatisch und mit militärischer Unterstützung gegen ein ständiges Mitglied des VN Sicherheitsrates so zu stärken, dass ein „Blitzsieg“ für Putin ein zu risikoreiches Unterfangen wird.

Wenn NATO- und EU-Staaten dies nicht tun, werden sich erstens die Ukrainer ausgeliefert fühlen und zweitens wird Putin seine einschüchternde, ja erpresserische Macht zur Destabilisierung der Ukraine weiter verstärken – und dafür seine militärische Aggression als ultimative Drohung weiter nutzen, ohne sie ausführen zu müssen.

Wenn Krisenprävention, die allerorten gefordert wird, wirksam werden soll, dann brauchen Gespräche vorzeigbare Aktionen schon für den Fall, dass Putin weiter mit der militärischen Karte droht. In diesem Sinn sind Hinweise auf eine mögliche EU-Trainingsmission für die Ukraine durch den Außenbeauftragten Josep Borell während seines Aufenthaltes in der Ukraine seit dem 5. Januar ein erstes zaghafte Zeichen.

Über die grundsätzlichen Fragen der europäischen Sicherheitsordnung sollte dann vor allem im OSZE Rahmen verhandelt werden, deren gültige Grundsätze, die Russland in wesentlichen Punkten seit Jahren verletzt hat, auf die jetzige Lage angewandt werden müssen.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und erschien erstmalig im Behörden Spiegel newsletter Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik, Nr. 336, 10.01.2022.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Dr. Klaus Olshausen